

Sächsische Volkszeitung

Wagnispriis: Vierteljährlich bei Haus Abgabe A mit Multiplizierter Beilage 12.75 M. Abgabe B 11.85 M. einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 30 Pf. Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinungsort der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Wagnispriis: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungsstelle aller Anzeigen 1.40 M. im Westenteil 2.50 M. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Bemerkung aufgeführte Anzeigen können die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Der gemeinsame Schritt der Alliierten

Der schon seit einigen Tagen angekündigte gemeinsame Schritt der Alliierten ist nunmehr erfolgt. Er erstreckt sich auf die deutsche Regierung die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte. Damit ist lediglich eine Formalität erfüllt worden, die nur die Einigkeit der Alliierten und ihre gemeinsame Vorgehen nach außen hin dokumentieren soll. Jedenfalls ist der französische Schritt in keiner Weise durch dieses gemeinsame Vorgehen unterstützt worden, sondern, wie aus der mündlichen Erklärung, die bei der Ueberreichung der kurzen Note durch die drei Ententebotschafter noch hinzugefügt wurde, sich ergibt, Lande es sich keineswegs um eine Forderung, schon jetzt Truppen zu beschicken, sondern um die grundsätzliche Vereinerklichung Deutschlands, einer evtl. dahingehenden Forderung der drei Mächte nachzukommen.

Damit haben sich die Kollektivmächte auf den Standpunkt der deutschen Regierung gestellt, und was die deutsche Regierung schon früher in der Behauptung ihres Rechtsstandpunktes erklärt hatte, nämlich, daß sie einer gemeinsamen Aufforderung der Alliierten bereitwillig nachkommen wollte, konnte sie auch nunmehr wieder als Antwort geben. Deutschland wollte lediglich die Rechtsfrage klären, daß nach objektiver Auslegung des Versailler Friedensvertrages keine der Okkupationsmächte in Oberschlesien das Recht zu einer Forderung des Durchtransports ihrer Truppen allein habe, sondern daß Deutschland rechtmäßig nur verpflichtet sei, einer gemeinsamen Aufforderung von Seiten der Kollektivmächte Folge leisten zu müssen. Die weitere Folge dieses Schrittes ist nun die, daß es in den Händen des Obersten Rates liegt, zu bestimmen, ob überhaupt Truppen nach Oberschlesien entsandt werden und wieviel. Jedenfalls kann Frankreich und das ist eine wesentliche Klärung der Gesamtlage, die, wie wir schon einmal betonten, für künftige Fälle von größter Bedeutung werden kann, nicht für sich allein den Durchtransport von Truppen fordern. Immerhin ist erfreulich, daß die bestehende Kritik damit ihre Wirkung gefunden hat, und zwar zur Befriedigung aller beteiligten Seiten. Es ist weiter erfreulich, daß eine objektive Auslegung des Versailler Friedensvertrages lediglich nach der näheren Rechtslage stattgefunden hat, und das gibt uns auf der anderen Seite die Hoffnung, daß auch künftighin sachliche Entscheidungen lediglich nach dem Rechtsgrundsatz getroffen werden.

Wenn diese Einsicht allmählich bei der Entente zum Durchbruch kommt, so ist das immerhin ein Verdienst der Engländer und Italiener, die sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Sieger aus dem Versailler Vertrage nicht nur Forderungen und Rechte, sondern auch Pflichten haben. Es wäre erfreulich, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa, wenn auch auf der demnächstigen Konferenz des Obersten Rates in Paris nächste Erwägungen, streng sachliche Erwägungen und vor allem das so oft hoch und heilig beteuerte Recht zum Durchbruch kämen. Dann brauchte jedenfalls Deutschland wegen der Aufhebung der Sanktionen und vor allem wegen Oberschlesiens Zukunft weniger in Sorge zu sein.

Die kommunistischen Volksbetrüger

Die kommunistische Partei und namentlich ihre Presse hegt Fehlbegriffe hinsichtlich der Arbeitermassen zum Kampf gegen den Kapitalismus auf und verheißt ihr nach dem Siege über den verhassten Kapitalismus goldene Zeiten. Auf diesem Gebiet tut sie, namentlich die „Rote Fahne“ ganz besonders hervor, welche Tag für Tag immer neue Heucheleien bringt, worin die Arbeitermassen zu neuen Kämpfen aufgefordert werden. So auch wieder in ihrer Nr. 333 vom 4. August:

Die kommunistische Partei ruft die Arbeitermassen auf, den Weg zu ihrer Befreiung und zum Wiederaufbau der durch den kapitalistischen Verfall verwüsteten Welt zu gehen, den Weg, der nicht unblutig sein kann, weil die Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft mit den äußersten Mitteln der Gewalt verteidigt, der aber der einzige ist, aus dem die Menschheit vor dem Verfall in die Barbarei bewahrt werden kann.

Das ist so ungefähr die Quintessenz der Heucheleien, die die „Rote Fahne“ seit Wochen und Monaten tagtäglich ihren Lesern vorsetzt. Der sogenannte Kapitalismus also ist es, der mit allen Mitteln vernichtet werden muß; die „Rote Fahne“ scheute sich auch gar nicht, offen einzugehen, daß der Kampf vergebens, einmal, daß die Auswüchse des Kapitalismus nicht nur von der kommunistischen Partei allein bekämpft werden, sondern auch von den übrigen Parteien, allerdings mit legalen Mitteln. Sie verschweigt aber auch ein weiteres und das scheint uns in diesem Zusammenhang das Wesentlichste zu sein: nämlich die Tatsache, daß der russische Bolschewismus längst zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es ohne den Kapitalismus überhaupt nicht geht. Die bolschewistische Regierung Russlands hat schon längst mit den sogenannten kapitalistisch-imperialistischen Ländern, dem Schreckgespenst der deutschen kommunistischen Propaganda, Verhandlungen eingeleitet und Verträge abgeschlossen. Da sie ist sogar noch weitergegangen und hat ihr eigenes Wirtschaftsprogramm einer Revision unterzogen.

Diese Dinge sind natürlich auf dem Kongress der Dritten Internationale in Moskau zur Sprache gekommen. Angeführt

der Tatsache, daß der russische Bolschewismus seine Stellung zum Kapitalismus einer Revision unterzogen hat, muß es um so eigenartiger anmuten, daß der Zentralausschuß der kommunistischen Partei in einer Entschließung über den Moskauer Kongress immer noch von den Kämpfen spricht, die gegen den Kapitalismus geführt werden müssen. Auch in diesem Aufsatz ist von den „kommunistischen Kämpfen der Arbeiterklasse“ die Rede, von den „politischen Entwürfen“ und dergleichen mehr. Der Berichterstatter, der Abg. Könen, konnte aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß der russische Bolschewismus eine Position seines Wirtschaftsprogramms vorgenommen hat. Er mußte diese Tatsache angeben; wenn er aber versucht, sie damit zu begründen, oder besser gesagt zu entschuldigen, daß er behauptet, die Schuldigen an den Konzeptionen seien nicht die russischen Genossen, sondern die Sozialdemokratie, die sie im Stich ließe, indem sie die Weltrevolution verleierte, so ist das doch nur eine faule Ausrede, die nichts anderes zum Zweck hat, als seinen Parteifreunden Sand in die Augen zu streuen. Immerhin aber ist es bemerkenswert, daß der Herr Abg. Könen als Tatsache anerkennt, daß:

„Genosse Lenin machte uns westeuropäischen Genossen klar, daß es sich jetzt in Russland darum handele, zunächst mit allen Kräften die Industrie wieder aufzubauen, die das Rückgrat eines jeden Wirtschaftsorganismus sei. Die Konzeptionen sind gewiß ein Tribut an den Kapitalismus, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus, aber sie sind notwendig. Russland muß unbedingt Industrieprodukte haben, da die russische Industrie durch den langen Krieg zerrüttet wurde. ... Man wird der Regierung vor, daß sie einen Staatskapitalismus errichten wolle, aber man vergißt, daß es sich hier nur um eine Uebernahmestufe handelt und daß der Staat proletarisch beherrscht ist.“

Herr Könen gibt also zu, daß der Kapitalismus notwendig ist. Wie wagen nicht zu hoffen, daß er und seine politischen Freunde aus dieser Erkenntnis, vor allem aber aus der Erkenntnis ihres gescheiterten Hauptzieles für Deutschland die nötigen Schlussfolgerungen ziehen werden. Neben einschichtigen Kommunisten aber muß es doch klar werden, daß, wenn der Kapitalismus für Russland notwendig ist, er für das hochentwickelte Deutschland noch notwendiger sein muß.

Besucht das Rheinland!

Der G. V. G. wird geschrieben: Die französische Kulturpropaganda unterläßt keine Mittel, verjährt keine Gelegenheit, sich bei der Bevölkerung des besetzten Rheinlandes sich kund zu machen. Mit hartem Spürsinn gelangt es ihr, die schwachen Stellen herauszufinden, an denen sie mit einiger Aussicht auf Erfolg mit ihren Propagandaaufstellungen und Anklagebestrebungen ansetzen kann. So hat sie sich jetzt zur Aufgabe gemacht, die vorhandene schwierige Lage der rheinischen Wälder und Kurorte zuzunutzen, und läßt durch ihre Organisationen in Frankreich für den Besuch der „pittoresken und geschichtlichen Erinnerungen reichen Rheinlande“ werden. Ausflüge von einem Orte bis zu einer Woche sind vorgesehen. Dem Begegnungstreffen werden alle nur erdenklichen Bequemlichkeiten in Aussicht gestellt. Die Rundreise findet unter Begleitung ortskundiger Führer statt. Kurzum, die französische Propaganda entfaltet eine außerordentliche Mühseligkeit, ihren Landläuten das Rheinland „schmackhaft“ zu machen, die Anhänger der französischen Annexionsisten zu vergrößern und gleichzeitig dadurch, daß französische Touristen und französische Geld in Land gebracht werden, auch in der rheinischen Bevölkerung den Boden für den Anschluß nach Westen zu bereiten. Daß die französische Wiedereinfuhr für die von den deutschen Bergbauangehörigen alljährlich vernachlässigten rheinischen Kurorte von großer Bedeutung ist, ist klar. Es ist deshalb höchste Zeit, daß sich unser reisendes Publikum endlich seiner vaterländischen Pflichten bewußt wird und durch den Besuch des Rheinlandes durch die Tat beweist, daß man im unbesetzten Deutschland die Wälder am deutschen Strom nicht bergessen hat und sie gern unterläßt in ihrem schweren wirtschaftlichen und völkischen Kampf gegen fremde Eroberungspläne. Die Reise ins besetzte Gebiet ist heute mit keinerlei Unbequemlichkeiten mehr verbunden. Allerdings mag der Anblick der Besatzungstruppen nicht gerade freundlich stimmen. Das kann aber niemals ein Grund sein, das Rheinland leichten Herzens seinem Schicksal zu überlassen! Im Gegenteil, gerade die Reisezeit sollte den Beweis liefern, daß das Deutschland diesseits und jenseits der Okkupationsgrenze zusammenhängt und wir jederzeit gewillt sind, den Rheinländern die Kraft zum wirtschaftlichen und politischen Durchhalten zu geben. Darum ist es vaterländische Pflicht, die rheinischen Wälder und Kurorte zu besuchen!

41. Generalversammlung des Verbandes kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands (V. K. V.) (Essen)

Die diesjährige Hauptversammlung des V. K. V. wird in den Tagen vom 12. bis 14. August in Rammheim stattfinden. Das Programm sieht eine Anzahl von außerordentlich zeitgemäßen Vorträgen und ebenso eine Reihe wichtiger Anträge vor, so daß die Tagung für den gesamten katholischen Kaufmannsstand sowie für den Verband selbst eine große Bedeutung gewinnen wird. Bemerkenswert ist vor allem der entschiedene Wille der katholischen Kaufmannschaft, ihre Straße durch selbstlose Mitarbeit in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, wie aus dem Thema des für die Eröffnungssitzung vorgesehenen Referates des Verbandesdirektors Dr. Söding: „Die Mission des katholischen Kaufmanns zur Völkerverständigung“ ersichtlich ist. Im Hinblick auf die Tatsache, daß eine stillschweigende und beruhslich tüchtige Zugabe eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die glücklichere Zukunft des Vaterlandes ist, wird der Jugendfrage ein ganz besonders breiter Raum zur Verfügung gestellt werden. Ein Referat des zeitigen Generalpräsidenten Dr. Gerber über den Jugendbund des Verbandes und ein solches des Provinzialpräsidenten Dr. Frey über die Fragen des Lehrlingswesens und der kaufm. Berufsbildung, werden dazu den

Grundton bilden. Wie stets, so werden auch die diesjährige Hauptversammlung die aktuellen Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik beschäftigen. Besonders erwähnenswert ist ein Referat des Herr Abg. Kreuzerling-Wiesbaden, Mitglied des Verwaltungsrates der Angestelltenversicherung, über das Thema: „Alte und neue Wege in der Angestelltenversicherung“. Zur Besprechung werden ferner gelangen die Fragen des Arbeitsnachweises, der Schlichtungsordnung und des Tarifwesens. Einen breiten Raum werden weiter einnehmen die Besprechungen über die Lage des Einzelhandels, die Frage der Sozialversicherung und Kommunalisierung, die Steuererleichterung, Ausfuhr- und Wankelhandel, usw.

Der Erzbischof von Freiburg hat sein Erscheinen bereits zugesagt. Da neben der ersten Arbeit den Besuchern auch geistige Stunden geistige Erholung und im Anschluß an die Generalversammlung auch ein Ausflug in die deutsche Pfalz geboten werden, kann mit Recht ein glücklicher Verlauf erwartet werden.

Verbunden mit dem Verbandkongress sind die Generalversammlungen der Krankenkasse und der Stierkassette des Verbandes.

Vor der Pariser Konferenz

Paris, 5. August. Wie der „Temps“ meldet, hat man in London den Eindruck, daß der Oberste Rat von sich aus über Oberschlesien entscheiden müsse, da die Sachverständigenkommission doch zu keiner Entscheidung kommen werde. Ferner scheint man sich in London auch damit abzugeben, daß nicht alle Maßnahmen aufzuheben werden können. Wahrscheinlich wird es dazu kommen, daß man französischerseits auf die neue Rolle verzichtet, dagegen bis auf weiteres die Besetzung der Ruhrhöfen beibehält, um wenigstens ein Druckmittel in der Hand zu haben. Was die Frage der Haltung der Entente gegenüber den Leipziger Prozessen betrifft, so werde man wahrscheinlich diejenigen deutschen Offiziere, die in Leipzig allzu nachsichtig behandelt worden seien, selber aburteilen wollen.

Berlin, 5. August. In Erwartung der Entscheidung über Oberschlesien werden die führenden Reichsminister bis auf weiteres in Berlin bleiben. In Berliner amtlichen Kreisen rechnet man damit, daß die Entscheidung der Alliierten Rates über Oberschlesien zwischen dem 10. und 15. August fallen werde. Wie der „Temps“ meldet, lautet der Antrag der alliierten Sachverständigenkommission für die Sitzung des Obersten Rates dahin, daß keine Einigung der Sachverständigen auf eine bestimmte Grenzlinie erfolgt ist, daß aber die Sachverständigen die Voraussetzungen für eine Entscheidung über Oberschlesien jetzt für gegeben ansehen.

Mainz, 4. August. Die beiden Oberkommandierenden im besetzten Rheinland, Degoutie und Henneque, sind telegraphisch nach Paris zu Marschall Foch berufen worden und heute dort eintrifft. Ueber die näheren Gründe der plötzlichen Berufung verläßt sich nichts, doch ist es wahrscheinlich, daß sie mit dem Zusammentritt des Obersten Rates und der auf diesem zur Verhandlung stehenden Fragen der Truppenveränderungen und Aufhebung der Sanktionen zusammenhängt.

Lloyd Georges Begleiter zur Konferenz

London, 4. August. Evening Standard zufolge gehen mit Lloyd George Sir Edward Grey, Sir Maurice Cantel, Mr. Davis und Lord Biddell nach Paris, während Lord Curzon von Mr. van Sittart und Mr. Osborne von der Abteilung für Ostfragen im auswärtigen Amte begleitet wird. Lloyd George wird nur an dem Teile der Verhandlungen des Obersten Rates teilnehmen, der der Lösung der obersteleischen Frage gilt, und wird sich im Laufe der nächsten Woche nach London zurückgeben. Evening Standard hält es für sicher, daß die technischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und Italiens einander bilateral entgegengelegte Vorschläge in der obersteleischen Frage bringen werden. Daher ist eine vorläufige Zeitung möglich.

Amerikanische Teilnahme an der Konferenz

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 5. August. Wie aus amerikanischen Kreisen verlautet, werden die Vereinigten Staaten jedenfalls an der Pariser Konferenz teilnehmen. Der amerikanische Botschafter in London wird als Vertreter von Harding ein berechtigter Besucher sein. Jedoch wird keine Haltung sich auf das passive Verhalten beschränken. Viele Haltung wird damit begründet, daß Amerika, weil es den Versailler Vertrag nicht mit unterschrieben hat, nicht ohne Rechtsgründe geltend machen zu können. Nach den vorliegenden Meldungen ist eine Einladung Brlands an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Konferenz bis jetzt noch nicht erfolgt.

Noch keine Einigung der Sachverständigen

Paris, 4. August. Der „Temps“ stellt im heutigen Leitartikel fest, daß die alliierten Sachverständigen, die den Auftrag haben, die Teilung Oberschlesiens vorzubereiten, bis jetzt, wie offiziell bekannt sei, noch zu keiner Einigung gelangt seien. Die Meinungsverschiedenheiten blieben sehr groß, und man habe noch kein Mittel, sie zu überbrücken. Temps verlangt von der britischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Sachverständigen sich nicht in eine Sackgasse verlaufen. Frankreich könne ebenso wenig im Obersten Rat wie in der Sachverständigenkonferenz eine Lösung ausfinden, die eine Ungerechtigkeit für die Polen ist. Frankreich habe nicht die vorgesehene Absicht Polen zu begünstigen, wie es immer behauptet werde, aber es habe die Pflicht und den Willen sich keiner Ungerechtigkeit anzuschließen und den Polen eine Grenze im Verhältnis zu den von ihnen erlangten Stimmen zu bevorzugen. Der Temps erklärt, man wolle die obersteleische Frage offen und damit eine offene Wunde in dem kranken Europa lassen. Das könne nicht die Absicht der französischen Freunde sein.

Polnische Drohungen

Berlin, 4. August. Das in Berlin erscheinende polnische Blatt Dziennik Berlinski meldet aus Weiden: Im Hinblick auf die nahe Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Kaufleute eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in